

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	23.04.2024
Thema	Institutionen und Volksrechte
Schlagworte	Bundesverwaltung – Organisation
Akteure	Badran, Jacqueline (sp/ps, ZH) NR/CN
Prozesstypen	Keine Einschränkung
Datum	01.01.1965 – 01.01.2023

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Bühlmann, Marc

Bevorzugte Zitierweise

Bühlmann, Marc 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Institutionen und Volksrechte, Bundesverwaltung - Organisation, 2019 - 2021*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 23.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik	1
Grundlagen der Staatsordnung	1
Institutionen und Volksrechte	1
Bundesverwaltung - Organisation	1

Abkürzungsverzeichnis

Allgemeine Chronik

Grundlagen der Staatsordnung

Institutionen und Volksrechte

Bundesverwaltung – Organisation

POSTULAT
DATUM: 21.06.2019
MARC BÜHLMANN

Stillschweigend hiess der Nationalrat am letzten Tag der Sommersession 2019 ein auch vom Bundesrat zur Annahme empfohlenes Postulat von Jacqueline Badran (sp, ZH) gut, mit dem ein **Zulassungssystem für Open Government Data** (OGD) gefordert wurde. Diese von der öffentlichen Hand erstellten Daten sollen – da sie ja von den Steuerzahlenden bereits bezahlt worden sind – unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. Badran warnte allerdings davor, dass dies vor allem grossen Digital-Konzernen wie Google, Apple oder Microsoft zugute käme. Man müsse sich deshalb überlegen, ob die Datenhoheit nicht besser beim Bund bleiben und die Freigabe von Daten an bestimmte Regeln gebunden werden sollten. Für Zwecke des öffentlichen Interesses, der Wissenschaft oder von Non-Profit-Organisationen müssten die Daten unentgeltlich verfügbar sein. Für kommerzielle Zwecke hingegen könnte für die Daten, deren Erhebung teilweise sehr teuer sei, zumindest eine teilweise Refinanzierung verlangt werden. Der Bundesrat versprach, eine Analyse von Nutzergruppen und Bedürfnissen für OGD durchzuführen.¹

BERICHT
DATUM: 23.06.2021
MARC BÜHLMANN

Ende Juni 2021 legte der Bundesrat den **Bericht** zum Postulat von Jacqueline Badran (sp, ZH) vor, den diese bezüglich eines möglichen **Zulassungssystems für Open Government Data** verlangt hatte. Badran hatte angeregt, die Daten grundsätzlich frei zugänglich zu machen, jedoch eine Kostenbeteiligung zu verlangen, falls sie für kommerzielle Zwecke verwendet würden.

Im Bericht wurde entsprechend untersucht, welche Daten überhaupt zur Verfügung stehen, welche Akteure diese nachfragen, welche Preise verlangt werden könnten und wie ein Zulassungssystem organisiert werden müsste. Der Bericht kam zum Schluss, dass weder eine Kategorisierung von Daten mit und ohne wirtschaftlichem Potenzial, als auch eine Kategorisierung der Nachfrage je nach kommerziellem Verwendungszweck nicht realisierbar sei, was auch Überlegungen zu einer Preisstruktur obsolet und ein niederschwelliges Zulassungssystem nur mit sehr hohen Kosten möglich machen würde. Eine «gezielte Diskriminierung» einzelner Akteure beim Zugang zu Open Government Data sei aber auch aus verfassungsrechtlicher Perspektive bedenklich.²

1) AB NR, 2019, S. 1325

2) Bericht BR vom 23.6.21